

Die BfM-Fraktion sowie die UWG-Fraktion erklären, dass sie die Erhöhung der Gemeindesteuern aufgrund des Umfangs bzw. der Höhe nicht mittragen können.

Die UWG-Fraktion möchte zusätzlich wissen, wie hoch die Kosten für den weiteren Aufwand ist, der aus der nachträglichen Erhöhung der Gemeindesteuern und den erforderlichen Korrekturen der für 2023 bereits versendeten Bescheide ergeht.

Hierfür müssen neue Veranlagungen durchgeführt werden, die automatisiert mit Unterstützung der kdVz Rhein-Erft-Rur erstellt werden. Dazu kommen noch die Kosten für Briefporto. Den genauen Kostenaufwand hat die Verwaltung nicht errechnet.